

Einwanderungsland Deutschland – Wie Migration den demographischen Wandel bremst

Jan Kluge*

Einleitung

In diesen Tagen wird in Deutschland heftig und oft auf beängstigende Weise unsachlich über das Thema Zuwanderung gestritten. Wechselseitige Vorhaltungen und populistische Kurzschlüsse bis hin zu gewalttätigen und offen rechtsradikalen Ausfällen sind dabei an die Stelle einer sachlichen und dringend notwendigen Zuwanderungsdebatte getreten. In den aktuellen Auseinandersetzungen werden häufig auch scheinbar beliebig Themengebiete vermischt, die sachlich wenig miteinander zu tun haben.

Ein Defizit in der aktuellen Debatte ist dabei die Verquickung von asylbedingter und regulärer Zuwanderung: Das Asylrecht ist im Grundgesetz verankert und garantiert politisch Verfolgten die Möglichkeit, in Deutschland ihren Aufenthalt zu nehmen. Artikel 16 (1) fordert – völlig unabhängig davon, ob die beruflichen Qualifikationen der Flüchtlinge mit dem deutschen Arbeitsmarkt kompatibel sind oder nicht – Asylrecht für politisch Verfolgte. Ganz anders ist die Situation bei Zuwanderungen, die explizit mit dem Ziel des Studiums, der Berufsausbildung oder der Arbeitsaufnahme in Deutschland erfolgen. Dieser Artikel befasst sich mit dem zweiten Typ von Zuwanderung in der langen Frist.

Die FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (FES) hat im Jahr 2014 die Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS beauftragt, den Zusammenhang von Migration und demographischer Entwicklung zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung, die das IFO INSTITUT zusammen mit den Lehrstühlen für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung sowie für Sozial- und Gesundheitsbauten der TECHNISCHEM UNIVERSITÄT (TU) DRESDEN durchgeführt hat, sind im September erschienen [vgl. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (2015); im Netz verfügbar unter www.fes.de]. Das Gutachten besteht aus drei Kapiteln: Es befasst sich mit den Auswirkungen von Migration auf (1.) den demographischen Wandel, (2.) auf den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme und nimmt (3.) die Lage älterer Migranten in Deutschland in den Fokus.

Der vorliegende Artikel fasst das erste Kapitel des Gutachtens zusammen und zeigt, wie sich die Bevölkerungsstruktur in Deutschland durch Migration bis 2030 verändern wird. Ein wesentlicher Beitrag dieses Kapitels besteht darin, dass eine Bevölkerungsvorausberechnung für die Personen mit Migrationshintergrund bis 2030

durchgeführt wird. Dadurch wird es möglich, die zunehmende Heterogenisierung der Gesellschaft durch Zuwanderung als eine zusätzliche Komponente des demographischen Wandels zu thematisieren.

Eine Auseinandersetzung mit dem Thema der asylbedingten Zuwanderung erfolgt in einem Artikel von Wolfgang Gerstenberger, der ebenfalls in *ifo Dresden berichtet* erschienen ist (vgl. S. 10–24 in diesem Heft).

Zuwanderung verlangsamt Alterung und Bevölkerungsrückgang

Der Begriff „demographischer Wandel“ wird in Deutschland üblicherweise mit zwei zentralen Entwicklungen in Verbindung gebracht:

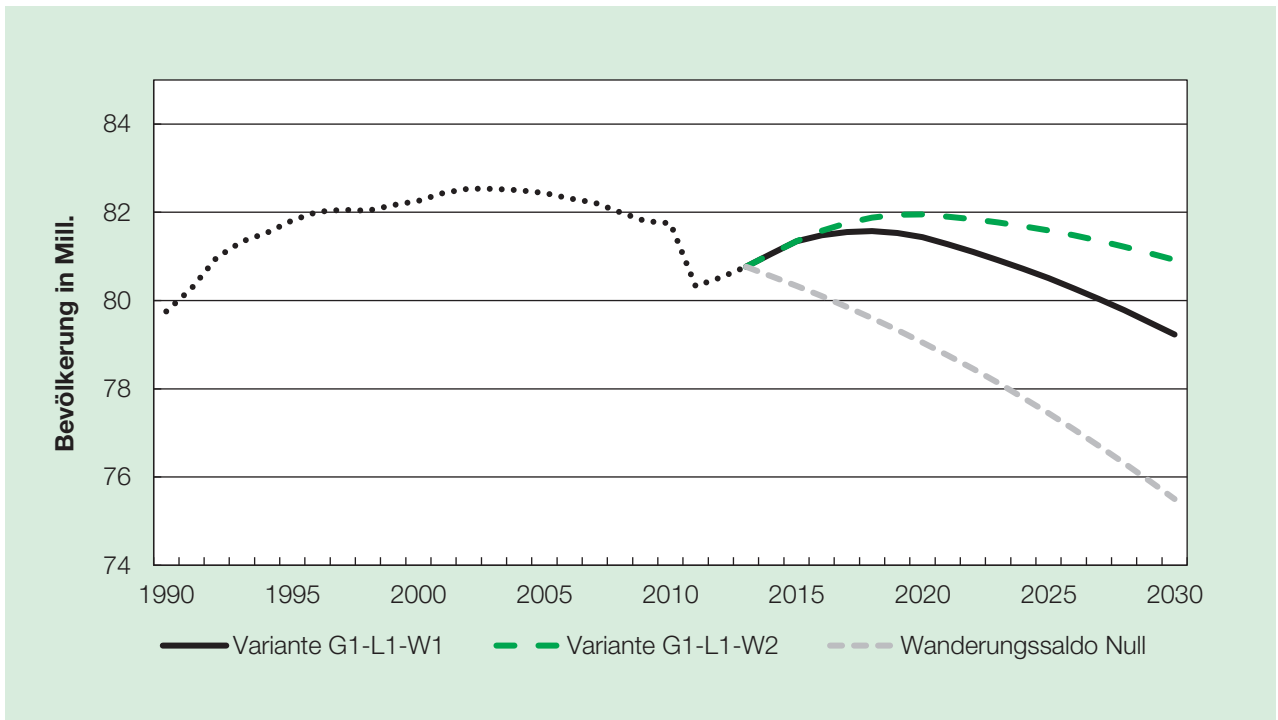
- Bevölkerungsrückgang: Da die Zahl der Geburten nicht ausreicht, um die Zahl der Sterbefälle auszugleichen, reduziert sich die Bevölkerungszahl.
- Alterung: Da die Lebenserwartung stetig steigt, wird die Bevölkerung im Durchschnitt immer älter.

Zuwanderung kann beide Entwicklungen beeinflussen. Abbildung 1 veranschaulicht die Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2015a), die verschiedene Wanderungsszenarien berücksichtigt.

Die gepunktete Kurve zeigt zunächst die historische Entwicklung des Bevölkerungsstandes. Der Knick im Jahr 2011 kommt dabei durch eine Korrektur infolge des letzten Zensus zustande, bei dem festgestellt wurde, dass die tatsächliche Bevölkerungszahl geringer ist als bisher angenommen. Im Jahr 2013 lag die Bevölkerungszahl bei 80,8 Mill. Einwohnern. Die drei Kurven ab dem Jahr 2013 zeigen dann verschiedene Szenarien der Vorausberechnung. Die durchgezogene Kurve stellt das Szenario bei moderater Zuwanderung dar, d. h. der Wanderungssaldo liegt im Jahr 2014 bei 500.000 Personen, sinkt bis zum Jahr 2021 auf 100.000 Personen pro Jahr ab und bleibt dann konstant auf diesem Niveau. Unter dieser Annahme wird die Bevölkerungszahl schon im Jahr 2024 kleiner sein als noch 2013. Im Jahr 2060 würde die Bevölkerungszahl nur noch bei ca. 67,6 Mill. Personen liegen.

* Jan Kluge ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030



Quellen: Statistisches Bundesamt (2015a), Darstellung des ifo Instituts.

Die darüber liegende Kurve zeigt die Bevölkerungsentwicklung, wenn der Wanderungssaldo nur auf 200.000 Personen pro Jahr zurückgeht; hier würde die Bevölkerungszahl noch im Jahr 2030 etwa so groß sein wie heute; bis zum Jahr 2060 würde sie dann aber doch auf ca. 73,1 Mill. Einwohner sinken. Verhindert wird der Bevölkerungsrückgang also auch mit Zuwanderung nicht, aber es bleibt mehr Zeit, sich an die veränderten Verhältnisse anzupassen. Besonders drastisch ist die Modellrechnung (untere Kurve), die hypothetisch zeigt, was passieren würde, wenn der Wanderungssaldo ab sofort bei Null liegen würde. Die Bevölkerungszahl würde dann unmittelbar stark fallen und bis 2060 um ein Viertel, d. h. auf ca. 60,2 Millionen Einwohner, absinken.

Zuwanderung dämpft bzw. verzögert also den Bevölkerungsrückgang. Sie hat aber auch positive Auswirkungen auf das Durchschnittsalter der Bevölkerung. Das zeigt Abbildung 2 beispielhaft für das Jahr 2013.

Die grünen Balken zeigen die Altersverteilung der Wohnbevölkerung, d. h. aller Personen (unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit), die im Jahr 2013 in Deutschland ihren Wohnsitz hatten. Hier sind die Kohorten im Alter von circa 50 Jahren recht stark vertreten. Das Medianalter lag bei 45,6 Jahren; d. h. die Hälfte der Wohnbevölkerung war jeweils jünger bzw. älter als 45,6 Jahre. Die grauen Balken zeigen dagegen die Verteilung derjenigen Personen, die im Jahr 2013 nach Deutschland eingewandert sind. Offensichtlich sind diese Personen im Schnitt deutlich jün-

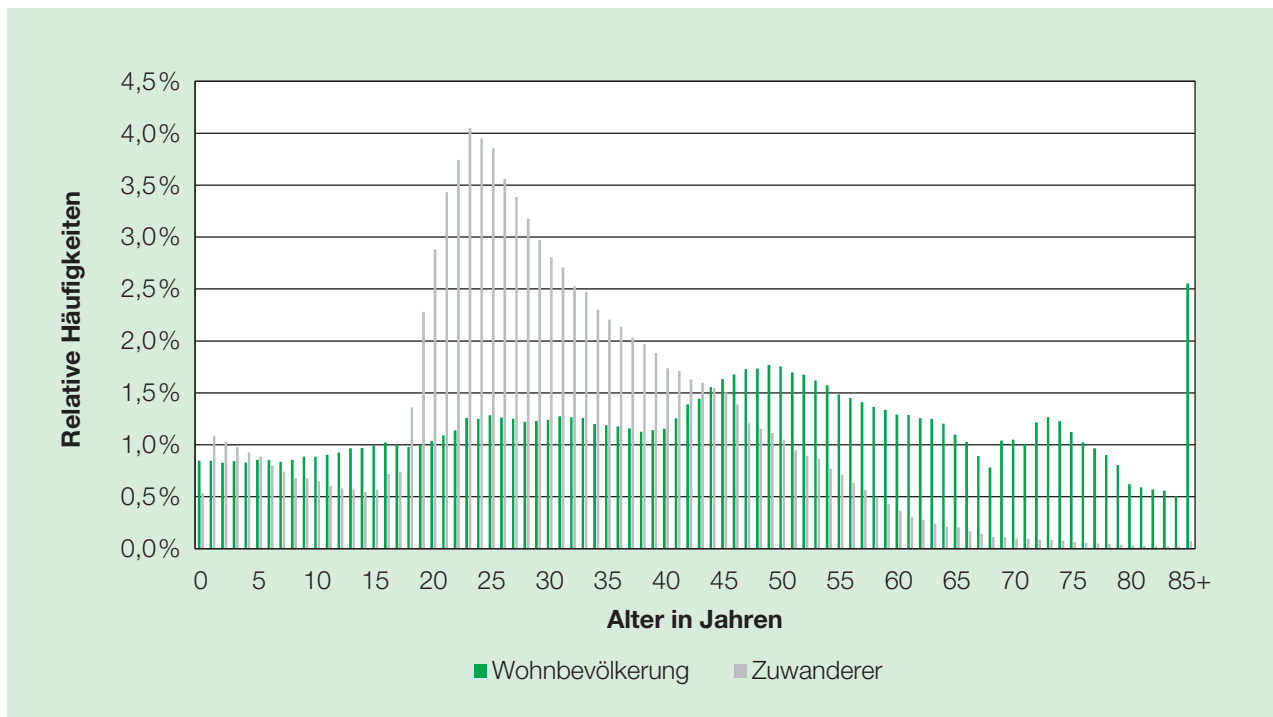
ger. Die meisten Zuwanderer waren zwischen 20 und 40 Jahre alt; das Medianalter lag bei nur 29,3 Jahren. Am linken Rand ist zu erkennen, dass auch die sehr jungen Kohorten stärker vertreten sind, da Migration häufig im Familienverbund stattfindet. Mit zunehmendem Alter nimmt die Migrationsneigung rapide ab.

Zuwanderung hat also zunächst dämpfende Effekte auf die demographische Entwicklung in Deutschland, da sie die Bevölkerung verjüngt und ein schnelleres Absinken der Bevölkerungszahl verhindert. Eine Folge der Zuwanderung ist jedoch auch eine zunehmende Heterogenität innerhalb der Bevölkerung, d. h. die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Kulturen, Religionen, Sprachen etc. wird diverser. Neben den beiden bisher schon untersuchten Phänomenen des demographischen Wandels (Bevölkerungsrückgang und Alterung), ist die Heterogenisierung eine weitere Komponente, die im Folgenden näher untersucht werden soll.

Zuwanderer machen Deutschland heterogener

Die in Abbildung 2 vorgenommene, sehr einfache Untergliederung der Bevölkerung in „Wohnbevölkerung“ (alle Personen, die zu einem Zeitpunkt in Deutschland leben) und „Zuwanderer“ (alle, die in einem bestimmten Zeitraum dazu gekommen sind) ist nur eine Momentaufnahme und reicht nicht aus, um die Heterogenität der Bevölkerung

Abbildung 2: Altersverteilung der Bevölkerung im Jahr 2013



Quellen: Statistisches Bundesamt (2014a, 2015b), Darstellung des ifo Instituts.

zu beurteilen. Eine Person, die im Jahr 2013 zugewandert ist, zählt im Jahr 2014 schon zur Wohnbevölkerung, obwohl sie sich in vielen Charakteristika noch sehr stark von den Personen unterscheiden dürfte, die seit ihrer Geburt in Deutschland leben. Doch selbst bei den in Deutschland geborenen Menschen können kulturelle Unterschiede vorliegen, wenn die Eltern nach Deutschland zugewandert sind.

Um solche Unterschiede zu erfassen, hat das STATISTISCHE BUNDESAMT (2014b) das Konzept des „Migrationshintergrundes“ definiert. Einen solchen haben alle Personen, die nach 1949 selbst nach Deutschland eingewandert sind, sowie Personen, bei denen zumindest ein Elternteil zugewandert ist bzw. bei der Geburt in Deutschland nicht sofort die deutsche Staatszugehörigkeit erhalten hatte. Auf diese Weise kann also eine Person auch dann einen Migrationshintergrund haben, wenn die Familie bereits seit mehreren Generationen in Deutschland lebt.

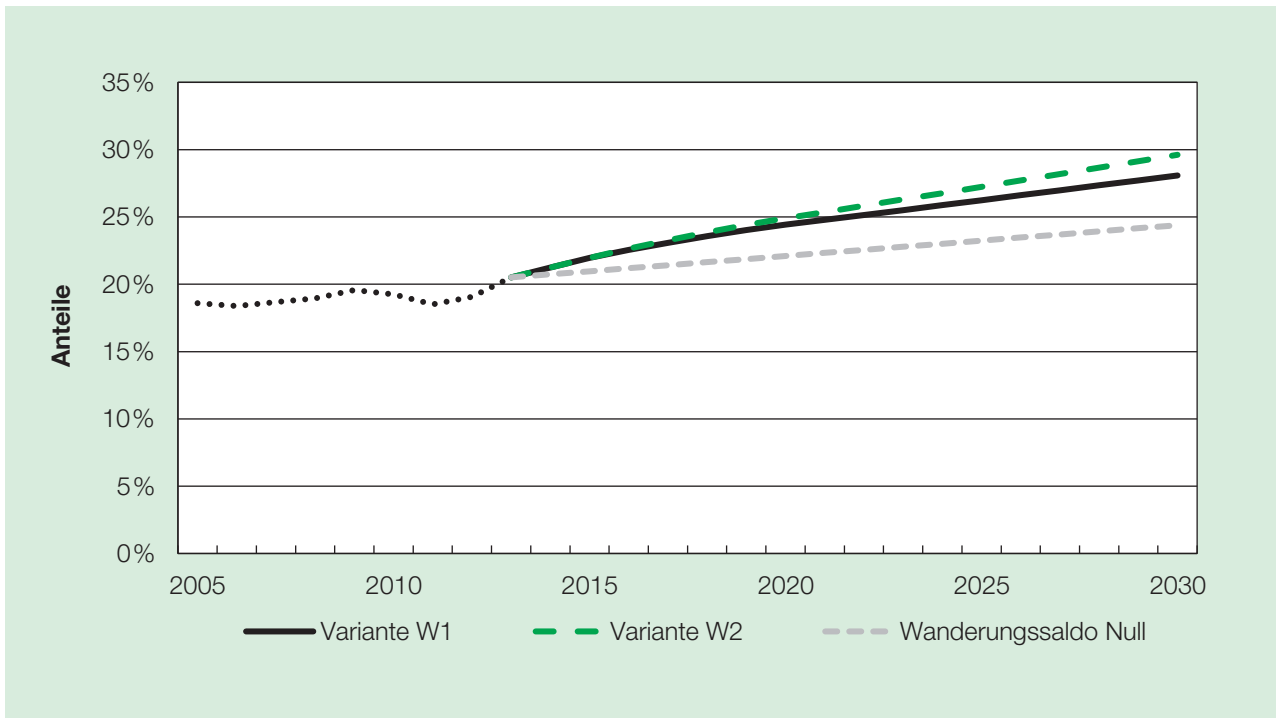
Aus mehreren Gründen ist zu erwarten, dass die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund stärker wächst als die restliche Bevölkerung. Erstens wird diese Gruppe jedes Jahr durch neue Zuwanderung verstärkt: Im Zeitraum von 1996 bis 2014 sind durchschnittlich rund 718.000 Personen pro Jahr (brutto) nach Deutschland zugewandert; der überwiegende Teil davon aus der Europäischen Union bzw. aus dem restlichen Europa [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2015c)]. Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund wächst dagegen definitionsgemäß

nicht durch Zuwanderung (sondern schrumpft möglicherweise sogar infolge von Abwanderung). Zweitens ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Durchschnitt jünger, da sie jedes Jahr durch die Zuwanderung überwiegend junger Menschen ergänzt wird. Das geringere Durchschnittsalter führt zu stärkerem natürlichem Bevölkerungswachstum, da die meisten Migrantinnen zum Zeitpunkt der Zuwanderung noch im gebärfähigen Alter sind. Im Gegensatz dazu ist die Gruppe der Personen ohne Migrationshintergrund aufgrund des höheren Durchschnittsalters von einer höheren Sterblichkeit gekennzeichnet, wodurch sie auf natürliche Weise schrumpft. Drittens ist die Zahl der Geburten pro Frau bei Migrantinnen (zumindest in der 1. Generation) deutlich höher als die deutscher Frauen [Migrantinnen: 2,3 Kinder pro Frau; Deutsche: 1,35 Kinder pro Frau; vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2015d)].

Im Folgenden wird daher beschrieben, wie sich die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund verändern wird. Die für die Modellierung notwendigen Annahmen sind dabei sehr stark an die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2015a) angelehnt [für Details vgl. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (2015)]. Die Ergebnisse sind in Abbildung 3 dargestellt.

Unabhängig davon, wie hoch die Zuwanderung in den nächsten Jahren sein wird, wird der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung ansteigen. Während heute ungefähr ein Fünftel der

Abbildung 3: Vorausberechnung des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund



Quellen: Statistisches Bundesamt (2014b), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat, wird es bei weiterhin moderater Zuwanderung (Variante W1) im Jahr 2030 schon mehr als ein Viertel (rund 28 %) sein; bei stärkerer Zuwanderung (Variante W2) bewegt sich der Anteil in Richtung eines Drittels (rund 30 %). Selbst in der Modellrechnung ohne weitere Nettozuwanderung steigt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund auf rund 24 % an. Die Gründe sind vor allem das geringere Durchschnittsalter und die höheren Geburtenraten der Migranten. Schon allein dadurch würde die Heterogenität der Bevölkerung selbst in dem hypothetischen Fall noch zunehmen, in dem weitere Zuwanderung ausbliebe.

Personen mit Migrationshintergrund sind regional sehr ungleichmäßig verteilt

Aufgrund der unterschiedlichen historischen Voraussetzungen und der nach wie vor sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen verteilt sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr ungleich über das Bundesgebiet (vgl. dazu auch den Artikel von Wolfgang Gerstenberger in diesem Heft). Folglich wird auch die Heterogenisierung unterschiedlich schnell fortschreiten.

Für die kartographische Darstellung in Abbildung 4 wurden Repräsentationskoeffizienten (REPQ) berechnet, die eine Aussage darüber erlauben, ob in einer Region im Vergleich zum Bundesdurchschnitt viele oder wenige

Personen mit Migrationshintergrund leben [für Details zur Berechnung, vgl. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (2015)]. Ein Koeffizient von 1 besagt, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in einer Region genau dem Bundesdurchschnitt entspricht. Ist der Repräsentationskoeffizient größer (kleiner) als 1, dann sind Personen mit Migrationshintergrund überrepräsentiert (unterrepräsentiert). In Abbildung 4 sind die Repräsentationskoeffizienten nach Dezilen dargestellt: In den dunkelgrünen Regionen sind Personen mit Migrationshintergrund überrepräsentiert; in den hellgrün eingefärbten Regionen sind sie eher unterrepräsentiert.

Abbildung 4 zeigt, dass in Ostdeutschland nur vergleichsweise wenige Menschen einen Migrationshintergrund haben, während die Repräsentationskoeffizienten insbesondere in den westdeutschen Ballungsräumen und in Berlin weitaus höher sind. Ein naheliegender Grund dafür sind sicherlich die ökonomischen Unterschiede, die Zuwanderer bis heute eher in westdeutsche Regionen führen. Ein weiterer Grund ist aber auch die Gastarbeiterperiode in den alten Bundesländern, die in den Daten zum Migrationshintergrund bis heute fortwirkt, und die es in der ehemaligen DDR – zumindest in dieser Größenordnung – nicht gegeben hat.

Tatsächlich scheint sich die Gastarbeiterperiode auch heute noch auf die Zusammensetzung innerhalb der ausländischen Bevölkerung auszuwirken. An dieser Stelle löst sich dieser Artikel wieder vom Konzept des Migra-

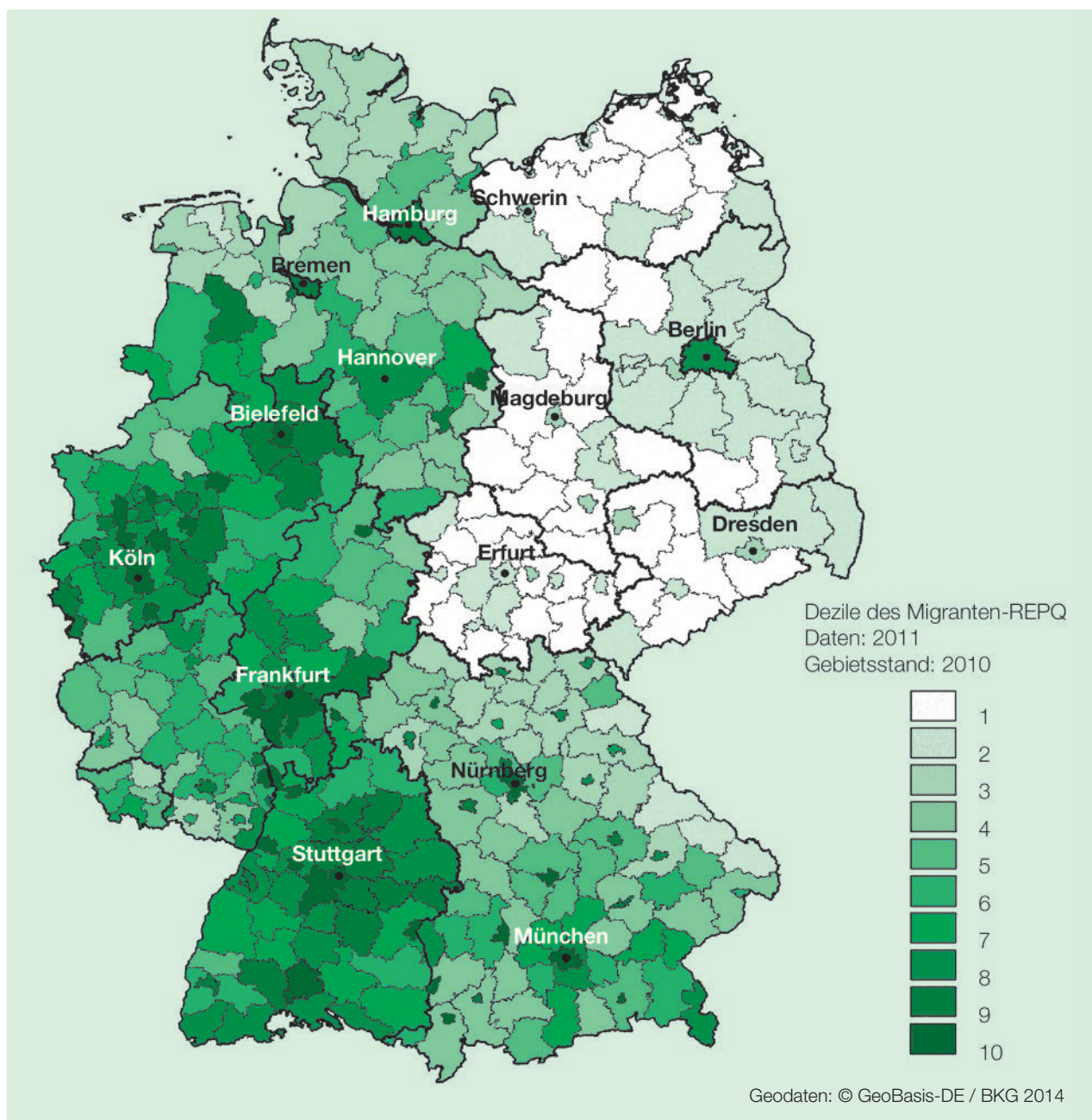
tionshintergrundes, da dieser nicht nach Herkunftsländern differenziert. In Tabelle 1 sind, getrennt nach Ost- und Westdeutschland und jeweils für die Jahre 1998 und 2014, die Herkunftsländer dargestellt, aus denen zusammen jeweils 50 % der ausländischen Bevölkerung kamen. Dabei sind zwei Tatsachen festzustellen.

Erstens: Die ausländische Bevölkerung ist in Ostdeutschland (auch wenn sie absolut nicht sehr groß ist) deutlich heterogener als in Westdeutschland. Während im Westen die klassischen Herkunftsländer aus der Gastarbeiterperiode (wie z. B. Türkei) dominieren, ist im Osten

kein vergleichbares Muster festzustellen. Die am stärksten vertretenen Herkunftsländer sind hier diejenigen, die mit der ehemaligen DDR freundschaftliche Verbindungen unterhielten, wie z. B. Vietnam, Russland oder auch Syrien. Deren Anteile sind aber nicht annähernd so dominant wie der Anteil der Türkei in Westdeutschland.

Die zweite Erkenntnis aus Tabelle 1 ist, dass sowohl die alten als auch die neuen Bundesländer seit 1998 heterogener geworden sind. Auch im eher homogenen Westdeutschland, in dem 1998 noch drei Länder ausreichten, um mindestens 50 % der ausländischen Bevölkerung zu

Abbildung 4: Räumliche Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

erfassen, werden 2014 immerhin fünf Länder gebraucht. Auch Ostdeutschland ist etwas heterogener geworden. Im Jahr 2014 kam die Hälfte der ausländischen Bevölkerung aus neun verschiedenen Ländern; im Jahr 1998 waren es nur acht Länder.

Ein Grund für die wachsende Heterogenität der ausländischen Bevölkerung in Deutschland ist die zunehmende Integration der Europäischen Union (EU). In der ferneren Vergangenheit war Zuwanderung nach Westdeutschland durch die Anwerbeprogramme auf wenige, ausgewählte Länder beschränkt. In der ehemaligen DDR war sie durch ideologische Grenzziehungen determiniert. Die Freizügigkeiten der Europäischen Union haben inzwischen dazu geführt, dass Wanderungsbewegungen innerhalb Europas einfacher möglich sind und dass Menschen aus vielen verschiedenen Ländern nach Deutschland kommen. Abbildung 5 stellt dar, dass die EU in den vergangenen Jahren die Hauptquelle der Zuwanderung war. Besonders der starke Anstieg seit Ausbruch der Finanzkrise war darauf zurückzuführen. Die EU-Osterweiterung im Jahr 2004 führte zunächst nur zu einer Umklassifizierung der Herkunftsregion [von „Europa (außer EU)“ hin zu „EU“]. Der Zustrom von durchschnittlich 718.000 Personen pro Jahr im Zeitraum zwischen 1996 und 2014 hat also dazu beigetragen, die alten Muster aufzubrechen, und zu einer vielfältigeren Bevölkerungsstruktur geführt.

Fazit

Deutschland hat in den letzten Jahren erhebliche Zuwanderung verzeichnet. Das ist gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Deutschland zu begrüßen, wenn es gelingt, die Zuwanderer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Einerseits dämpft Migration direkt den Bevölkerungsrückgang. Weiterhin sind die Zuwanderer überwiegend jünger als die deutsche Wohnbevölkerung, wodurch sich die Alterung der Gesamtbevölkerung verlangsamt.

Allerdings wird Zuwanderung in der zu erwartenden Größenordnung nicht ausreichen, um den Bevölkerungsrückgang zu stoppen. Selbst bei sehr optimistischen Annahmen sieht das STATISTISCHE BUNDESAMT (2015a) ab dem Jahr 2030 einen Bevölkerungsrückgang voraus. Außerdem wird es darauf ankommen, die vorhandenen Zuwanderer in den Arbeitsmarkt zu integrieren, um auch die erhofften positiven Effekte auf die öffentlichen Haushalte zu erzeugen.

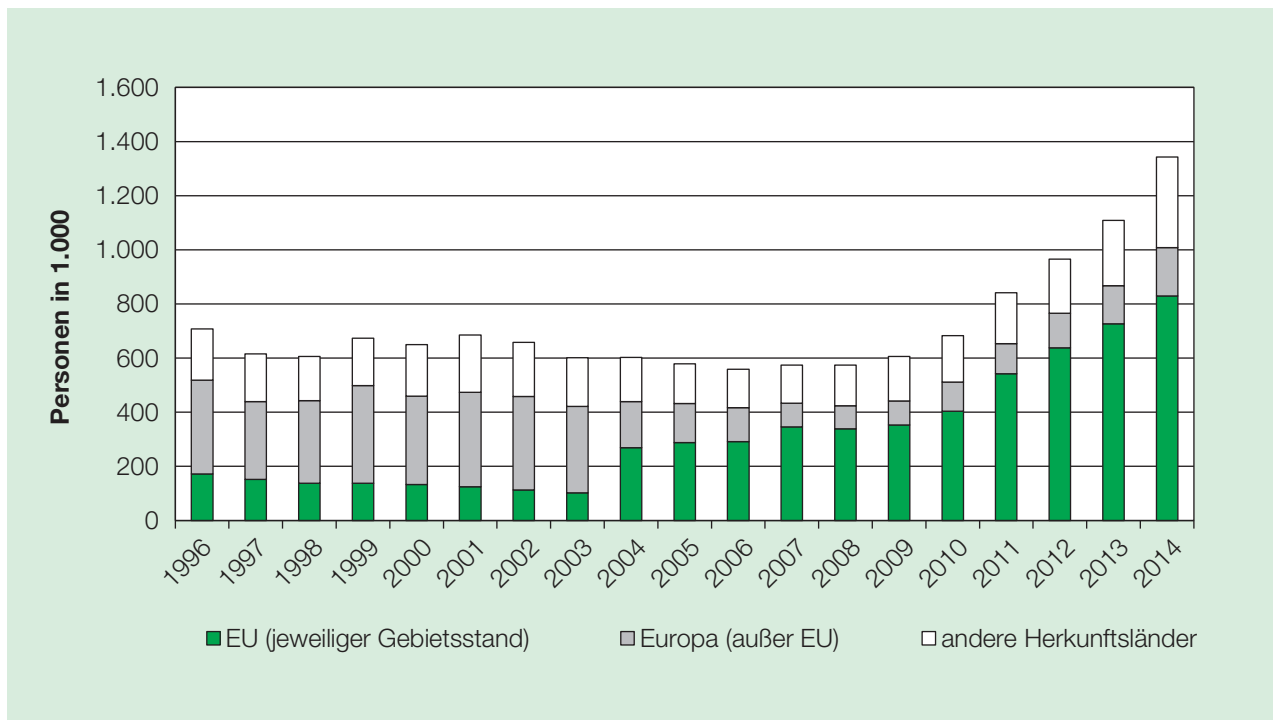
Darüber hinaus ist nicht zu erwarten, dass Zuwanderer genau diejenigen Regionen bevorzugen, die vom demographischen Wandel besonders betroffen sind. Gerade in Ostdeutschland, das früher als andere Regionen die Auswirkungen von Bevölkerungsrückgang und Alterung spüren wird, haben heute nur wenige Menschen einen Migrationshintergrund. Da bei Migration, wie

Tabelle 1: Anteile der Herkunftsländer, aus denen insgesamt jeweils 50 % der gesamten Ausländer kommen

Westdeutschland (inkl. Berlin)				Ostdeutschland (exkl. Berlin)			
1998		2014		1998		2014	
Land	%	Land	%	Land	%	Land	%
Türkei	29,6	Türkei	19,4	Vietnam	11,0	Polen	12,3
Ex-Jugoslaw.	16,4	Ex-Jugoslaw.	12,9	Ex-Jugoslaw.	9,0	Russ. Föd.	7,4
Italien	8,6	Polen	8,1	Polen	8,7	Ex-Jugoslaw.	6,2
	54,6	Italien	7,3	Rumänien	6,4	Vietnam	5,5
		Rumänien	4,4	Türkei	4,9	Ukraine	5,0
			52,0	Russ. Föd.	4,5	Syrien	3,8
				Ukraine	3,7	Rumänien	3,7
				Bulgarien	3,3	Türkei	3,4
					51,7	China	3,2
							50,6

Quellen: Statistisches Bundesamt (2015e), Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 5: Jährliche (Brutto-)Zuwanderung nach Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt (2015c), vorläufige Zahlen für 2014, Darstellung des ifo Instituts.

auch in dem Artikel von Wolfgang Gerstenberger in diesem Heft aufgezeigt wird, Netzwerkeffekte eine Rolle spielen können (d.h. Zuwanderer wählen Regionen, in denen schon Menschen aus ihren Heimatländern leben) und die wirtschaftlichen Bedingungen auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung noch deutlich schlechter sind als in Westdeutschland, sind die Chancen nicht sehr groß, den Bevölkerungsrückgang durch verstärkte Einwanderung ausgleichen zu können.

Literatur

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (FES) (Hrsg.) (2015): Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2015): Zensus 2011, Bevölkerung nach Nationalität, Migrationshintergrund und Altersjahren – 09.05.2011 – regionale Tiefe: Kreise und kreisfreie Städte (<https://www.regionalstatistik.de/genesis/online>, abgerufen am 07.05.2015), Düsseldorf.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014a): Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland 2013 nach

Einzelaltersjahren und Geschlecht, Sonderauswertung, Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014b): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Ergebnisse des Mikrozensus 2013, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015a): Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015b): Bevölkerung am 31.12.2013 nach Alters- und Geburtsjahren – Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Sonderauswertung, Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015c): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – vorläufige Wanderungsergebnisse, 2014, Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015d): Altersspezifische Geburtenziffern nach Staatsangehörigkeit 2000 bis 2012, Sonderauswertung, Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015e): Ausländer: Kreise, Stichtag, Geschlecht, Ländergruppierungen/Staatsangehörigkeit (für die Jahre 1998 bis 2014, <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>, abgerufen am 06.05.2015), Wiesbaden.